



# Maximilianeum

Das Online-Magazin des Bayerischen Landtags

Jahrgang 2 | Ausgabe Nr. 1 | Januar 2008

## Klausuren zum Jahresauftakt Landtagsfraktionen tagen hinter verschlossener Tür

*Traditionell ziehen sich die Fraktionen des Bayerischen Landtags im Januar zu ihren Winter-Klausurtagungen zurück. Auf der Tagesordnung standen heuer u. a. die Wahlkampfthemen 2008.*

Ein großes Thema für die christsoziale Fraktion, die unter dem Motto „Mit klarem Kurs um das Vertrauen der Menschen werben“ im parteieigenen Tagungszentrum in Wildbad Kreuth tagte, war neben dem Nachtragshaushalt der Transrapid: Die Abgeordneten forderten, ihn „unverzüglich“ zu realisieren. Die SPD-Fraktion, die zum 20. Mal in Kloster Irsee tagte (heuer unter der Überschrift „Bayern, aber gerechter“), forderte die Staatsregierung zu einer Bildungsinitiative



*In Wildbad Kreuth (CSU), Kloster Irsee (oben, SPD) und im Sorat-Hotel in Regensburg (unten, Grüne) kamen die Fraktionen zu Klausurtagungen zusammen. /Fotos: BSZ*

auf, die die Lehrbetriebe an Hochschulen wieder mehr fördere. Und die Fraktion der Grünen, die heuer primär über „Kinder, Klima, Kommunales“ in einem Regensburger Hotel

debattierte, stellte neben anderen die aktuelle Frage nach einem Maßnahmenpaket gegen Jugendgewalt.

[...lesen Sie mehr ab Seite 3](#)

### Themen

#### Dokumentation

##### Verfolgte Parlamentarier



Seite 6

#### Nichtraucherschutz

##### Bilanz nach 30 Tagen



Seite 8

#### Reform

##### Brand- und Katastrophenschutz



Seite 9

#### Serie „Typisch Bayern“

##### Schönheit und Klischee Oberbayerns



Seite 16

## Liebe Leserin, lieber Leser,

das Wort „Klausur“ (lateinisch *clausura* = Einschließung) bezeichnet im Kloster den abgegrenzten bzw. den ausschließlich Ordensangehörigen vorbehaltenen Bereich. Er dient als Ort des Rückzugs und der Besinnung. Davon abgeleitet beschreibt „Klausur“ auch eine innere Haltung – den Rückzug und die Loslösung von äußeren Einflüssen und die Konzentration auf ein Ziel.

Die Politik hat diese aus den Klöstern stammende, jahrhundertealte Tradition aufgegriffen: In Bayern zieht sich die CSU seit 1976 alljährlich zur Winterklausur nach Wildbad Kreuth zurück. Seit 1988 treffen sich die bayerischen Sozialdemokraten winters im schwäbischen Kloster Irsee. Und die Grünen wählen die Orte ihrer Klausuren nach dem Rotationsprinzip aus, d.h. wechseln systematisch durch die sieben Regierungsbezirke. In diesem Januar tagten sie im oberpfälzischen Regensburg. „Maximilianeum“ berichtet über die wichtigsten Themen und Ergebnisse der diesjährigen Winter-Klausurtagungen. [➤ MEHR](#)

Wir blicken außerdem zurück auf die Zeiten, als politische Klausuren in Bayern ihren Anfang nahmen. Geschrieben hat diesen Essay einer, der es genau wissen muss: Lutz Roßmann, langjähriger Vorsitzender der Landtagspresse,

und bis heute aktiver und engagierter Journalist. Er feierte am 5. Januar übrigens seinen 80. Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch, Herr Roßmann! [➤ MEHR](#)

Die jüngsten Fälle von bekannt gewordenen Kindesmisshandlungen werfen Fragen auf, wie der Staat reagieren soll, wenn Eltern ihrem Erziehungsauftrag nicht nachkommen oder gar das Wohl und die Gesundheit ihrer Kinder gefährden. In den Fraktionen gibt es dazu unterschiedliche Auffassungen. [➤ MEHR](#)

Nach über zwei Jahrzehnten reformiert der Landtag das Bayerische Feuerwehrgesetz: Künftig sind Doppelmitgliedschaften möglich, damit die wachsende Zahl der Berufspendler effizienter eingesetzt werden kann. Zudem wird die Altersgrenze bei ehrenamtlichen Feuerwehrleuten von 60 auf 63 Jahre heraufgesetzt. Welche Auswirkungen werden die Neuerungen auf den Brand- und Katastrophenschutz in Bayern haben? „Maximilianeum“ informierte sich und besuchte dazu die Freiwillige Feuerwehr in Odelzhausen im Landkreis Dachau. [➤ MEHR](#)

„Opfer und Verfolgte des NS-Regimes aus bayerischen Parlamenten“ – so lautet der Titel einer in dieser Form bundesweit einzigartigen

zeitgeschichtlichen Dokumentation. Landtagspräsident Alois Glück stellte sie am 29. Januar erstmals der Öffentlichkeit vor. Die in zweijähriger Forschungsarbeit vom Haus der Bayerischen Geschichte sowie dem Institut für Zeitgeschichte im Auftrag des Bayerischen Landtags gemeinsam erstellte Dokumentation enthält individuell recherchierbare Opfer-Biographien von derzeit 315 bayerischen Parlamentariern, die unter der Nazi-Diktatur gelitten haben. „Maximilianeum“ gibt Ihnen zu dieser Dokumentation wichtige Hintergrundinformationen. [➤ MEHR](#)

Sehr wichtig ist uns auch weiterhin der Dialog mit unseren Leserinnen und Lesern. Wir freuen uns über Ihr Lob und setzen uns auch mit Ihrer Kritik bzw. Ihren Anregungen auseinander. So haben wir von mehreren Abonnenten den Tipp erhalten, „Maximilianeum“ künftig doch einfach als Link zu versenden. Der Grund: Die Datenmenge der letzten Ausgabe des Magazins war zu groß – die PDF-Datei wurde von den Mail-Servern zum Teil nicht weitergeleitet. Wir haben den Vorschlag unserer Abonnenten deshalb aufgegriffen und hoffen, dass Ihnen durch diese technische Verbesserung die Lektüre von „Maximilianeum“ künftig noch besser gefällt.

DIE REDAKTION

## Inhalt

Editorial	2
<b>Titelthema</b>	
Politische Klausuren in Bayern	3
Wo die Fraktionen die Zukunft planen	4
<b>Aktuelles</b>	
Namen und Schicksale mutiger Demokraten	6
Nichtraucherschutz	8
Feuerwehrgesetz – Reform der Einsätze	9
<b>Ausschüsse</b>	
Das Wohl der Kinder als Ziel	11
Meldungen aus den Ausschüssen	13
<b>Dialog-Reihe</b>	
Jahrhundert der Religionen	14
<b>Serie</b>	
<b>Typisch Bayern</b>	
Oberbayern – wo Schönheit und Klischees ihre Heimat haben	16
<b>Notizen</b>	18
Impressum	20

# Politische Klausuren in Bayern

Transrapid, Bildungsoffensive und Jugendgewalt standen als Themen im Mittelpunkt

„Maximilianeum“ stellt Ihnen auf dieser Seite die wichtigsten Themen der diesjährigen Klausuren im Überblick vor. Leser, die sich ausführlicher über die Inhalte der Winterklausuren informieren möchten, gelangen über die Links (unten) zu den jeweiligen Veröffentlichungen der Fraktionen im Internet.



[MEHR](#)



[MEHR](#)



[MEHR](#)

## Die wichtigsten Ergebnisse

### CSU

„Mit klarem Kurs um das Vertrauen der Menschen werben“ – diesen Slogan heftete sich die CSU in Wildbad Kreuth auf ihre Fahnen. Allen anderen Entschließungen voran hat die Fraktion Kurs auf den Transrapid genommen. Sie forderte seine „unverzögliche Realisierung“. Außerdem beschloss die Fraktion, den Nachtragshaushalt 2008 mit zusätzlichen 150 Millionen Euro Investitionsmaßnahmen aufzustocken. Weitere 15 Millionen Euro kommen dem Straßenbau zugute. Im Übrigen hat sich die Fraktion für neue Maßnahmen gegen Jugendkriminalität ausgesprochen. So soll das Strafmaß für Heranwachsende von zehn auf 15 Jahre steigen und ein „Warnschussarrest“ kommen, der Jungtättern zur Abschreckung einen Vorgeschmack auf dräuende Haftbedingungen geben soll. Bei der Prävention will die CSU verstärkt auf Konfliktbewältigungstechniken schon in der Schule setzen – allerdings nicht in der Gesamtschule. Denn bildungspolitisch treten die Christsozialen weiterhin für das gegliederte Schulsystem aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium ein.

[/der](#)

[MEHR](#)

### SPD

Dass Bayern mehr in Bildung und Infrastruktur investieren müsse statt „Steuergeschenke an Reiche zu verteilen“, forderte die SPD auf ihrer Klausurtagung unter dem Leitspruch „Bayern, aber gerechter“ in Irsee, auf der sie der Staatsregierung „Stillstand“ vorwarf. Zu einer Bildungsoffensive gehöre auch eine neue Weichenstellung für bayerische Hochschulen. Unter den Exzellenzinitiativen der Staatsregierung habe der alltägliche Lehrbetrieb gelitten. Studiengebühren gehörten abgeschafft. Insbesondere fordert die SPD mehr Lehrpersonal und in den Schulen längeren gemeinsamen Unterricht („Regionalschule“), bevor die Kinder auf weiterführende Schulen wechseln. Im Übrigen fordern die Sozialdemokraten, die Lernmittelfreiheit in die Verfassung aufzunehmen, wobei zu den Lernmitteln neben den Schulbüchern auch Kosten für verbindliche Schulveranstaltungen zählen würden. Wer in Bayern SPD wähle, bekomme „eine sozialere Arbeitsmarktpolitik, bessere Bildung, zeitgemäße Familien- und Frauenpolitik, erneuerbare Energien und keinen Transrapid“.

[/der](#)

[MEHR](#)

### Grüne

Unter dem Motto „Kinder, Klima, Kommunales“ trafen sich die Grünen zur Klausurtagung in Regensburg. Die Landtagsgrünen verlangen von der Staatsregierung ein Maßnahmenpaket gegen Jugendgewalt. Eine Politik der Kriminalitätsprävention müsse Maßnahmen im Sozial-, Familien-, Jugend- und Bildungsbereich beinhalten und dürfe nicht auf das Jugendstrafrecht reduziert werden. In der Bildungspolitik fordern die Grünen eine Öffnungsklausel, die es den Kommunen ermöglicht, ihr Bildungsangebot eigenständig zu gestalten. Beim Klimaschutz formulierten die Grünen das Ziel, die Nutzung der fossilen Rohstoffe im Energiesektor, deren Begrenzung mittlerweile auch ökonomisch spürbar wird, weit vor ihrer vollständigen Ausbeutung einzustellen. Das Klima werde „nicht nur in Bali, Brüssel und Berlin geschützt, sondern auch in Bayern und in seinen Städten und Gemeinden“.

[/der](#)

[MEHR](#)

# Wo die Fraktionen die Zukunft planen

Essay von Lutz Roßmann

Die Stimmung war gespannt bis explosiv: 1976 hatte die Union die Bundestagswahl gerade knapp verloren. Wie sollte es weitergehen in der Bundesrepublik und damit auch in Bayern, wo die CSU sieggewohnt seit 1946 regierte – nur 1954 bis 1957 von der Viererkoalition mit Wilhelm Hoegner an der Spitze unterbrochen. Anno 76 kam es zum Krach. Die Bonner Landesgruppe mit Friedrich Zimmermann und Franz Josef Strauß an der Spitze beschloss, die Fraktionsehe mit der CDU zu kündigen. Drei Wochen ging's hoch her, dann gab Strauß klein bei und versöhnte sich mit Helmut Kohl.

## Analyse der politischen Lage

Das hatte mit der Landespolitik nur indirekt etwas zu tun. Aber jene Tagung im hochgelegenen Wildbad Kreuth gab den durchaus schon üblichen Tagungen auch der Landtagsfraktionen, jährlich zu Beginn des neuen Jahres wie dann im Spätsommer am Ende der sommerlichen Sitzungspause, neues Gewicht. Und Strauß sorgte 1977 dafür, dass der 1975 voll in Betrieb gegangenen, CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung ein besserer Bundeszuschuss zuteil wurde. Ab 1983 stand auch das Seidel-Stiftungs-Bildungszentrum Kloster Banz im oberen Maintal zur Verfügung. Nach der Verfassung tritt Bayerns Landtag formell jährlich im Herbst am Sitz der Staats-

regierung, also in München, zusammen. Es lag nahe, den Sitzungsturnus nach der Sommerpause mit Fraktionsberatungen zu beginnen,

die Lage zu analysieren und Perspektiven für die Zukunft vorzugeben. Die Fraktionen trafen sich zumeist im Maximilianeum, seit es 1949

Sitz des Landtags geworden war. Die Sitzungen waren geheim, wie üblich, manchmal bewegt – wie in den Jahren der Viererkoalition. Über die

## Damals und heute



Winterklausur der CSU in Wildbad Kreuth 1976 (oben) und 2008 (unten).

/Fotos: Archiv CSU



Winterklausur der SPD im schwäbischen Kloster Irsee 1997 und 2008.

/Fotos: Archiv SPD



Winterklausur der Grünen: 1989 in Eichstätt und 2008 in Regensburg

/Fotos: Archiv Grüne-Fraktion

Ergebnisse wurde in Zeitungen und Rundfunk berichtet, allerdings – gemessen an heutigen Verhältnissen – in bescheidenem Rahmen.

Die seit 1957 in eigener Vereinigung organisierte Landtagspresse wartete vor den Sitzungssälen, zu denen sie keinen Zutritt hatte. Stenoblöcke und Hörfunk-Mikrofone waren ihr Handwerkszeug. Ein eigenes Pressezimmer gab es damals noch nicht. Die Anbauten am Maximilianeum und insbesondere das Aufkommen des Fernsehens sorgten für Veränderungen: Da genügten Mikrofone nicht mehr, da musste Platz für Kameras und Scheinwerfer sein. So kam es, dass sich die Fraktionen nach anderen Tagungsorten umzusehen begannen, wo den veränderten technischen Erfordernissen besser Raum zu geben war.

Seit den politisch so stürmischen Kreuther Novembertagen haben auch die Klausuren der Landtagsfraktionen ihre besondere Bedeutung – zunächst für die CSU, aber dann auch für die Opposition. Nicht zuletzt, weil die Kameras es den Politikern ermöglichten, den interessierten Bürgern vis-a-vis gegenüberzutreten. Für die CSU bot sich Kreuth als Klausurort nach 1976 geradezu selbstverständlich an. Allerdings nur für den Januar jeden Jahres. Die Herbstklausur Ende August/Anfang September verlegte man nach Kloster Banz, sobald dieses Zentrum voll in Betrieb war. Denn wenn man

schon außerhalb des Maximilianeums tagte und damit den Menschen, um nicht zu sagen der Provinz, zumindest räumlich näher war als in der Landeshauptstadt, wollte man auch Heimatverbundenheit symbolisieren. Ihrer Stärke gemäß, nicht immer mit Kraft gleichzusetzen, waren und sind die CSU-Klausuren spektakulärer als diejenigen der Opposition. Letztere zeichnete sich manches Jahr nicht so sehr durch das eigene Profil in ihren Klausuren aus als vielmehr durch den Gegensatz zur Regierungsfraktion. Die Tatsache, dass die CSU nicht nur Landes-, sondern auch Bundespartei ist, trug wesentlich dazu bei. Das haben von Volkmar Gabert bis Franz Maget gerade die SPD-Fraktionsvorsitzenden immer wieder zu ändern versucht. Die Wahlergebnisse gaben der CSU jedoch bislang fast immer recht.

## Sozialdemokraten seit 20 Jahren im schwäbischen Kloster Irsee

Die Sozialdemokraten sind nach dem Ausscheiden von Bayernpartei, FDP und Gesamtdeutscher Block aus dem Landtag die einzigen, die ihre Klausuren der übermächtigen Regierungsfraktion mit relativem Erfolg entgegensetzten. Sie haben bei der Wahl ihrer Tagungsorte versucht, Kontrapunkte zu Kreuth zu setzen und treffen sich seit 1988 winters im schwäbischen Bildungszentrum Kloster Irsee, wo dann 2006 erstmals ein Fraktionskabarett

mit der entsprechend begabten, stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Johanna Werner-Muggendorfer auftrat. Die sozialdemokratische Sommerklausur fand bis 2006 im Maximilianeum oder in medieneigneten Tagungsstätten der Landeshauptstadt statt, seit 2006 auf Schloss Schney.

Für die Grünen wurde der Begriff Klausur aktuell, als sie 1986 erstmals in den Landtag einzogen und versuchten, ihn „gesund zu tagen“, wie es mal hieß. Das Maximilianeum war ihnen von Anfang an nicht der beste Ort, um dem „Kreuther Geist“ Kontra zu geben. Jugendherbergen, andere volksnahe Stätten – und zwar jedes Jahr in einem anderen Regierungsbezirk – schienen den Grünen besser geeignet. Sie wollen an örtlichen Gegebenheiten,

ja gerade an Ärgernissen wie Umweltsünden, zeigen, dass sie Politik in engster Verbindung zur außerparlamentarischen Realität machen.

Seit letztes Jahr in Kreuth die Ablösung von Edmund Stoiber als Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender in die Wege geleitet wurde – vergleichbar mit Kreuth 1976 –, hat das Tagungszentrum oberhalb des Tegernsees nahe der österreichischen Grenze einen weiteren Markstein gesetzt bekommen. Doch Perspektiven und Beschlüsse, die über den Tag und die nächsten Parlamentssitzungen und das Ende einer ganzen Ära hinausgezogen werden, haben ihr eigenes Schicksal. So ist Kreuth womöglich Beweis, dass es auch anders kommen kann als beraten, beschlossen und erhofft.

## Autor Lutz Roßmann feierte 80. Geburtstag



(Sat 1), Rudolf Erhard (Bayerischer Rundfunk), Landtagsvizepräsident Peter Paul Gantzer, Lutz Roßmann, Landtagsvizepräsidentin Barbara Stamm und Angela Böhm (Abendzeitung). Foto: Poss

Als Gründungsmitglied des Vereins Landtagspresse, als langjähriger Vorsitzender und als Ehrenvorsitzender prägte und prägt er die „Landtagspresse“: Lutz Roßmann feierte im Januar bei einem Stehempfang im Kreise von Kollegen, Weggefährten und Vertretern des Landtagsamts seinen runden Geburtstag. „Bleiben Sie gesund und weiter so interessiert wie bisher. Ihre Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft, Ihre ordnende Hand im Pressezimmer des Landtags, Ihr unschätzbares Wissen und Ihre Erfahrung sind uns weiterhin sehr wichtig“, so Rudolf Erhard, Vorsitzender des Vereins. Von links: Jürgen Hofmann

## Namen und Schicksale mutiger Demokraten

Der Bayerische Landtag veröffentlicht Dokumentation „Opfer und Verfolgte des NS-Regimes aus bayerischen Parlamenten“

*Erinnern, ehren, mahnen – und damit das Gedenken an den demokratischen Widerstand gegen die NS-Diktatur in Bayern wachhalten: Das war und bleibt für den Bayerischen Landtag ein wichtiges Anliegen – gerade 2008, da sich die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten zum 75. Mal jährt. Ein geeigneter Zeitpunkt auch, um im bayerischen Parlament eine in dieser Form einzigartige zeitgeschichtliche Dokumentation mit den Namen und Schicksalen von Parlamentariern, die unter der NS-Unrechtsherrschaft gelitten haben, vorzustellen. Die darin aufbereiteten Informationen wurden im Zuge eines bundesweit einmaligen Forschungsprojekts vom Haus der Bayerischen Geschichte in Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte erarbeitet. Die Ergebnisse sind seit dem 29. Januar öffentlich zugänglich.*

Ohne die Nennung von Namen und menschlichen Schicksalen bleibt jedes Gedenken unvollständig. Auch deshalb hatte der Bayerische Landtag am 27. Januar 2005 einstimmig den von der SPD-Fraktion beantragten Beschluss gefasst, „namentlich derjenigen Landtagsabgeordneten zu gedenken, die 1933 im bayerischen Parlament gegen das Ermächtigungsgesetz und damit gegen das Ende der Eigenstaatlichkeit Bayerns gestimmt haben

und derer, die während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgt, in Konzentrationslager verbracht oder getötet wurden“.

### Computer-Terminal und Online-Datenbank ermöglichen individuelle Recherchen

Nach drei Jahren intensiver Beratung und Forschung ist dieser Landtagsbeschluss nun vollständig umgesetzt – in Form einer ebenso



Bei der Eröffnung (v.l.): Franz Maget (SPD), Horst Möller (Institut für Zeitgeschichte München), Georg Schmid (CSU), Landtagsvizepräsident Peter Paul Gantzer, Berthold Kamm (ehemaliger Landtagsvizepräsident und Vorsitzender der Nürnberger Sektion der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS) und Landtagspräsident Alois Glück.

/Foto: Poss

benutzerfreundlichen wie wissenschaftlich fundierten Dokumentation über derzeit 315 verifizierte Opferschicksale. Die Inhalte der Dokumentation mit dem Titel „Opfer und Verfolgte des NS-Regimes aus bayerischen Parlamenten“ können [online](#) im Internet oder über ein Computer-Terminal, das unterschiedliche Darstellungs- und Recherche-Funktionen anbietet, abgerufen werden. Das Terminal wurde im Kreuzgang des Maximili-

aneums aufgestellt – in unmittelbarer Nähe zu der marmornen Tafel, die bereits im Mai 2007 zum Gedenken an die verfolgten Parlamentarier installiert worden ist.

Unstrittiger Ausgangspunkt für die Dokumentation und alle weiteren zeitgeschichtlichen Recherchen waren die Namen jener 16 SPD-Abgeordneten, die am 29. April 1933 im Bayerischen Landtag als einzige gegen das

Ermächtigungsgesetz gestimmt hatten – ein mutiger Akt des demokratischen, parlamentarischen Widerstands. Mit dem sogenannten bayerischen Ermächtigungsgesetz wurde die rechtsstaatliche Ordnung ausgehöhlt und die über 100-jährige parlamentarische Geschichte Bayerns vorläufig beendet. Erst 13 Jahre später, am 16. Dezember 1946, konnten sich wieder frei gewählte bayerische Volksvertreter in München versammeln.

## Forschungsinstitute beauftragt

Als vielschichtig, komplex und in weiten Teilen zeitgeschichtlich unerforscht erwiesen sich bei der Realisierung der Dokumentation viele Lebensläufe und Opfer-Biografien: Wer genau konnte als „Opfer“ des Nationalsozialismus bezeichnet werden? Welche Kategorien und Kriterien waren dafür ausschlaggebend?

Welche Parlamentarier sollten in die Dokumentation einbezogen werden? Um solche schwierigen Abwägungsfragen methodisch und wissenschaftlich abgesichert klären zu können, beauftragte der Bayerische Landtag im April 2005 zwei renommierte Forschungsinstitute mit der Erstellung der Dokumentation: das Haus der Bayerischen Geschichte sowie das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin. Auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse sollten Quellen systematisch gesichtet und objektive Maßstäbe für die Umsetzung entwickelt werden.

Im Laufe der ab Herbst 2005 begonnenen Forschungsarbeiten mit aufwändigen Recherchen in mehr als 170 Instituten und Archiven zeigte sich, dass es sinnvoll war, nur solche Personen als Opfer zu klassifizieren und in

die Dokumentation aufzunehmen, die die bis heute gültigen Kriterien der Entschädigungs- und Wiedergutmachungsgesetzgebung der Nachkriegszeit erfüllen. „Von vornherein ausgeschlossen wurden Personen, für deren Opferschicksal nur reine Selbstausagen als Beleg gefunden werden konnten. Ebenfalls unberücksichtigt blieben Personen mit NS-Belastung“, erklärt Landeskonservator Michael Henker, stellvertretender Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte.

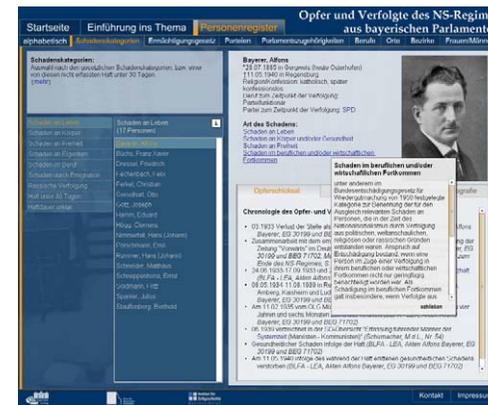
Bei der Festlegung des zu untersuchenden Personenkreises fiel die Entscheidung zugunsten einer breiten Auslegung: Danach sollten grundsätzlich alle Abgeordneten, die zu unterschiedlichen Zeiten bayerischen Parlamenten angehörten, in die Untersuchung einbezogen werden; also beispielsweise auch jene, die als

Nicht-Parlamentarier unter dem NS-Regime gelitten hatten und gerade aufgrund dieser Erfahrung mit Diktatur und Willkür nach 1946 als Mitglieder des Landtags am demokratischen Wiederaufbau des Landes mitarbeiteten – eine Auslegung, die von CSU und SPD befürwortet, von Bündnis 90/Die Grünen allerdings nicht mitgetragen wurde.

„Nach diesen Kriterien haben wir derzeit 315 ehemalige Landtagsabgeordnete verifiziert, die – eindeutig dokumentiert – zu den Opfern nationalsozialistischer Gewaltherrschaft zu rechnen sind“, berichtet Horst Möller, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte. Die Personen können nach unterschiedlichen Parametern wie etwa Schadenskategorien, Berufen, Orten, Parteien etc. aufgerufen werden. Sie werden jeweils mit Bild, mit Angaben zum Opferschicksal und zur Biografie sowie mit Hinweisen auf die Forschungsliteratur vorgestellt.

Insgesamt handelt es sich bei dieser Dokumentation, die auch ein informatives Glossar sowie vielfältige Hintergrundinformationen enthält, um das umfassendste Forschungsprojekt zu verfolgten Parlamentariern auf Länderebene in Deutschland: [MEHR](#) /kh

Die benutzerfreundliche angeordnete Dokumentation enthält 315 alphabetisch angeordnete Opfer-Biographien. Screenshots: Grabendöfer



## Nichtraucherschutz: Bilanz nach 30 Tagen

*In Bayern gilt seit dem 1. Januar der schärfste Nichtraucherschutz in Deutschland. Eine parteiübergreifende Mehrheit von 140 der 180 Abgeordneten hatte im Dezember im Münchner Maximilianeum für ein vollständiges Rauchverbot in Wirtshäusern, Kneipen, Bierzelten, Diskotheken und Behörden gestimmt. Maximilianeum-Online wollte von den Fraktionen des Landtags wissen, welche Bilanz sie nach den ersten 30 Tagen seit Einführung des Gesetzes zum Schutz der Gesundheit ziehen.*

**Gesetzestext**  **Plenardebatte** 

Fotos: Curt Demmler, Donauwörth;  
Rolf Poss, Bildarchiv Bayerischer Landtag



### Stimmen aus den Fraktionen

#### Georg Schmid, (CSU):

Die CSU ist die Partei, die für die Freiheit des Einzelnen kämpft. Die Freiheit muss aber logischerweise dort Grenzen finden, wo die Freiheit des anderen beginnt. So verhält es sich auch beim Nichtraucherschutz. Leider hat eine freiwillige Lösung in den Wirtshäusern, die der Freistaat Bayern mit dem Hotel- und Gaststättenverband ausprobiert hat, nicht funktioniert. Deshalb werden wir keinen wirksamen Nichtraucherschutz bekommen, wenn sich die Gaststätten selbst zu Raucherkabins erklären können. Die Mehrraumlösung hätte dazu geführt, dass die Einraumgaststätten im Wettbewerb keine Überlebenschance gehabt hätten. Das wäre ungerecht gewesen. Tausend Ausnahmen hätten das Gesetz auch nicht ehrlicher gemacht. Die Italiener und Iren machen vor, dass Rauchverbot und Gemütlichkeit gut zusammenpassen. Die ersten Wochen in Bayern haben gezeigt: Die Menschen kommen mit der Regelung gut zurecht. In Kinos, in Zügen und in Flugzeugen denkt heute kein Mensch mehr daran, zu rauchen. In Gaststätten wird das auch bald die Normalität sein.



#### Kathrin Sonnenholzner (SPD):

Das Nichtraucherschutzgesetz erhitzt die Gemüter. Die von der SPD-Fraktion schon in den Beratungen befürchteten Versuche, das Gesetz „kreativ“ auszulegen, sind eingetreten. Wir erwarten von der Staatsregierung, dass die Umsetzung beobachtet und Auswüchse unterbunden werden. So kann es nicht sein, dass Wirte im Eingangsbereich ihrer Gaststätten sogenannte „Clubs“ einrichten, in denen ungehindert weiter alle durchgehenden Gäste und vor allem das Personal dem Rauch ausgesetzt sind. Die CSU-Empörung über die Ankündigung der Paulaner Brauerei, beim traditionellen Starkbieranstich das Rauchen zuzulassen, ist völlig unverständlich: Genau dieses Schlupfloch wurde sehenden Auges in das Gesetz geschrieben. Ermutigend sind die vielen positiven Reaktionen von Menschen aller Altersgruppen auf die rauchfreie Umgebung. Beispiele wie Irland zeigen, dass man durch eine offensive begleitende Präventionskampagne nicht nur eine hohe Akzeptanz für den Nichtraucherschutz, sondern auch einen Rückgang der Zahl der Raucher erreicht.



#### Barbara Rütting, (Bündnis 90/ Die Grünen):

Es war ein Paukenschlag: Der neue CSU-Fraktionschef stellt im Landtag einen Antrag vor, der ein Rauchverbot sogar in Festzelten vorsieht, und dieser wird von allen Fraktionen angenommen. Neben Glückwünschen hagelt es Proteste, wird mit Wahlboykott und Parteiaustritt gedroht – und zwar allen Parteien. Inzwischen haben sich die Gemüter beruhigt. Die Gaststätten verzeichnen zunehmend Besuch von Nichtrauchern und Familien, aber selbst Raucherinnen freuen sich, dass sie jetzt ihr Essen rauchfrei genießen. Andere berichten, dass sie es nun endlich geschafft haben, mit ihrem Laster aufzuhören. Auch bei uns Grünen die Meldungen: Habe aufgehört – rauche zwar weiter, aber weniger etc. Auf den Bahnsteigen greift das Verbot, ich konnte weder Verstöße noch Aggressionen von Jugendlichen beobachten. Zwar kenne ich ein Restaurant, in dem der Wirt eine Raucherkabine installiert hat, aber das Erfreuliche: Die Einrichtungen, in denen Raucherentwöhnung angeboten wird, boomen. Also: Es geht doch! Wie sich zeigt, aber nur über Verbote.



## Feuerwehrgesetz Reform der Einsätze

*Nach über zwei Jahrzehnten reformiert der Landtag das bayerische Feuerwehrgesetz: Künftig sind Doppelmitgliedschaften möglich, damit die wachsende Zahl der Berufspendler effizienter eingesetzt werden kann. Zudem wird die Altersgrenze bei ehrenamtlichen Feuerwehrleuten von 60 auf 63 Jahre heraufgesetzt. Die neuen gesetzlichen Regelungen werden voraussichtlich am 14. Februar im Plenum verabschiedet.*

Übung bei der Freiwilligen Feuerwehr in Odelzhausen, Landkreis Dachau. Von den 35 aktiven Mitgliedern sind an diesem Sonntagvormittag 13 erschienen, um den Einsatz mit der Rettungsschere zu üben. Danach sitzt man noch zusammen, trinkt einen Kaffee und erzählt sich den neuesten Klatsch aus dem Ort. „Die Feuerwehren haben im ländlichen Raum eine lange Tradition – und sie erfüllen nicht nur ihre Aufgabe als Brand- und Katastrophenschutz, sondern auch als soziale Institution vor Ort“, erzählt Kommandant Marcus Bübl.

### Bei Einsätzen zählt jede helfende Hand

Jugendarbeit wird bei der Freiwilligen Feuerwehr in Odelzhausen groß geschrieben, der Nachwuchs hat einen eigenen Raum, der Treffpunkt und Partykeller in einem ist. „So

sind die jungen Leute weg von der Straße“, freut sich Bübl. Doch trotz vorbildlicher Jugendarbeit haben die Odelzhausener Probleme mit dem Nachwuchs – wie die meisten anderen freiwilligen Feuerwehren in Bayern auch. Von den 18 Jugendlichen, die sich zurzeit in der Wehr engagieren, werden nur drei bis vier längerfristig bleiben, schätzt Bübl. 15 Mitglieder mehr könnten die Odelzhausener gut vertragen, schließlich zählt bei Einsätzen jede helfende Hand.

### Langjährige Erfahrung als Bereicherung

Über das Alter der Einsatzkräfte war während der Beratungen zum neuen Feuerwehrgesetz eine Kontroverse entbrannt: Bisher wurden Feuerwehrleute mit Erreichen des 60. Lebensjahres aufs Altenteil geschickt. Nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes wird



*Breites Spektrum an Aufgaben, oft dünne Personaldecke: die Ortsverbände der freiwilligen Feuerwehren.*

*/Foto: Peters*

die Altersgrenze nun auf 63 Jahre angehoben. Der Dachauer Kreisbrandrat Rudi Reimoser ist 59 Jahre alt und findet die Anhebung des Aktivalters gut. „Wieso soll man heutzutage in den meisten Berufen bis 67 arbeiten gehen, aber für die Feuerwehr zu alt sein?“, fragt er kopfschüttelnd. Auch das Odelzhausener Feuerwehr-Mitglied, ADAC-Sprecher Klaus Reindl, 57, meint: „Früher waren die Leute mit 60 Jahren wirklich alt. Aber heutzutage ist man doch noch fit in dem Alter. Und vor allem: Man hat mehr Zeit“, so Reindl. Die Odelzhausener sind sich einig: Auch ein 62-Jähriger ist mit seiner langjährigen Erfahrung bei den Einsätzen eine Bereicherung. Selbstverständlich seien die „Best Ager“ nicht mehr an vorderster Front dabei, aber es gäbe noch

genug Aufgaben, bei denen sie eingesetzt werden könnten, wie Verkehrssicherung, Funkhilfe oder Aufräumarbeiten.

### Dünne Personaldecke

Das sieht Stefan Schuster, sicherheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und selbst Berufsfeuerwehrmann, ganz anders. Dass die älteren Aktiven nur noch Hilfsarbeiten bei Einsätzen verrichten, ist für ihn angesichts der dünnen Personaldecke graue Theorie. Auch für Karl-Georg Kolb, Stadtbrandrat in Aschaffenburg, ist dieser Passus in der Gesetzesnovelle „überflüssig“. In seinem Verantwortungsbereich, der aktuell 40 hauptamtliche und etwa 230 freiwillige Feuerwehrleute umfasst, ist nur eine Person von der Anhebung der

Altersgrenze betroffen. „Das hilft uns auch nicht bei der Beseitigung von Einsatzengpässen.“ Stattdessen sollten die Kommunen mehr Mittel für den Brand- und Katastrophenschutz einstellen. Kolb fordert, dass in jedem Bezirk ein hauptamtlicher Kreisbrandrat die Leitung der Feuerwehren übernehmen sollte. Außerdem hält er einen gesetzlich vorgeschriebenen Feuerwehrbedarfsplan für absolut notwendig für eine leistungsfähige Feuerwehr, welche die Einsatzsicherheit – möglichst innerhalb der „10-Minuten-Hilfsfrist“ – gewährleisten soll.

## Künftig auch Einsätze am Arbeitsort

Die Einsatzsicherheit bei schwindenden Mitgliederzahlen ist auch der Hintergrund für einen weiteren wichtigen Pfeiler des neuen Gesetzes: die Doppelmitgliedschaft sowohl in der heimischen als auch in der freiwilligen Feuerwehr des Arbeitsortes. In Odelzhausen betrifft das zwei Mitglieder: Gruppenführerin Petra Hassmann, 23, lebt in Odelzhausen und arbeitet in Altomünster als Tierarzthelferin. Als Doppelmitglied kann sie auch tagsüber während der Arbeitszeit zu Einsätzen am Arbeitsort ausrücken. Der Chef ist verpflichtet, sie für diese Zeit von der Arbeit freizustellen. Dafür muss die Gastfeuerwehr ihr eine eigene Ausrüstung zur Verfügung stellen. Der Passus des Gesetzes fand im Landtag allgemeine Zustimmung – auch bei den Oppositionsfractionen.

## Verzicht auf Zweckverbände

Erleichterung herrscht bei den freiwilligen Feuerwehren, dass die zunächst geplanten Zweckverbände aus dem Gesetz verschwunden sind. Nicht nur der Aschaffener Stadtbrandrat Hans-Georg Kolb hatte die Sorge, dass mittelfristig allein aus wirtschaftlichen Erwägungen Ortsfeuerwehren wegrationalisiert worden wären. Auch Kreisbrandrat Rudi Reimoser aus dem Landkreis Dachau war ein Kritiker dieses Passus: „Es werden sowieso bei größeren Einsätzen mehrere Feuerwehren in der Umgebung alarmiert. Wenn es nun noch weniger Wehren gäbe, wäre die Einsatzsicherheit noch stärker gefährdet als ohnehin schon in manchen dünn besiedelten Gegenden.“ Argumente wie diese haben auch die CSU-Fraktion überzeugt: „Eigentlich wollten wir mit den Zweckverbänden Feuerwehren mit geringem Personalbestand entgegenkommen“, so Berichterstatter Herbert Ettengruber. Aber die Mehrheitsfraktion im Landtag hat eingesehen, dass möglicherweise mit diesem Vorhaben die traditionelle Verwurzelung der Feuerwehren in der Region gelitten hätte. Außerdem stellte sich heraus, dass der Bedarf nicht gegeben war: Keine Feuerwehr hatte für diese Option Interesse angemeldet. Auch Christine Kamm (Grüne) ist mit dieser Änderung des ursprünglichen Gesetzesvorhabens einverstanden: „Statt Ortsfeuerwehren



Löschfahrzeug der Freiwilligen Feuerwehr in Odelzhausen.

/Foto: Peters

aufzulösen, schlägt meine Fraktion vor, in Zukunft Spezialisierungen benachbarter Feuerwehren zu fördern, damit in Zeiten gesteigener Anforderungen bei jeder Art von Einsatz, sei es bei Bränden, Auto- oder Chemie-Unfällen, in möglichst kurzer Zeit die richtige Hilfe gewährleistet ist.“

Für Herbert Ettengruber gibt das neue Gesetz nun einen passenden Rahmen, „um die Tätigkeiten der Feuerwehren der Entwicklungslage sowohl in technischer als auch demographischer Hinsicht anzupassen“.

/Gabi Peters

## Auf einen Blick

### Das neue bayerische Feuerwehrgesetz

Das neue Feuerwehrgesetz schreibt die bisherige Regelung aus dem Jahr 1982 fort: Es sieht unter anderem die Möglichkeit von Doppelmitgliedschaften in zwei Feuerwehren, zum Beispiel bei Eintritt in die Feuerwehr am Arbeitsort, vor. Damit soll auf Nachwuchsprobleme sowie die steigende Zahl von Berufspendlern reagiert werden. Eine weitere Neuerung ist die Anhebung der Altershöchstgrenze für aktive Mitglieder bei freiwilligen Feuerwehren von 60 auf 63 Jahre.

Die gesetzliche Festschreibung der „10-Minuten-Hilfsfrist“, die garantieren sollte, dass spätestens zehn Minuten nach Eingang eines Alarms die Einsatzkräfte vor Ort sind, wurde nach Bedenken des Gemeindetags und des Landesfeuerwehrverbands gestrichen. Der Grund: befürchtete Regressforderungen bei verspätetem Eintreffen. Auch die Möglichkeit zur Schaffung kommunaler Zweckverbände, also dem Zusammenschluss der Feuerwehren mehrerer Gemeinden, wurde gestrichen. Weitere Neuerungen sind unter anderem der Freistellungsanspruch für volljährige Schüler und Studenten im Einsatzfall sowie eine garantierte Kostenfreiheit bei der Rettung und Bergung von Menschen und Tieren.

# Das Wohl der Kinder als Ziel

*Die jüngsten Fälle von Kindesmisshandlung auch in Bayern haben die Debatte um einen verbesserten Kinderschutz wieder aufleben lassen. Nach der aktuellen Kindergesundheitsstudie des Berliner Robert-Koch-Instituts geht die Zahl der Kinder, die in Deutschland geschlagen, misshandelt oder vernachlässigt werden, in die Hunderttausende. „Kinderschutz ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe ersten Ranges“, betont deshalb Ministerpräsident Günther Beckstein. „Der Staat muss überall dort seiner Wächterrolle gerecht werden, wo Eltern ihrem Erziehungsauftrag nicht nachkommen oder gar das Wohl und die Gesundheit ihrer Kinder gefährden.“ Ein Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Verbesserung des Kinderschutzes durchläuft gerade die Landtagsausschüsse.*

Die Staatsregierung definiert ihre „Wächterrolle“ dabei vorrangig über neue Vorschriften für die Eltern. Ansatzpunkte sind die empfohlenen Früherkennungsuntersuchungen (U1-9), deren Durchführung weitgehend verpflichtend werden soll. Rund zehn Prozent der Kinder bis

sechs Jahre werden in Bayern von dem System derzeit nicht erfasst. Nun soll die Teilnehmerquote gesteigert werden, indem dem Antrag auf Landeserziehungsgeld der Nachweis für die U6 oder U7 beigelegt werden muss. Bei der Anmeldung in eine Kindertageseinrichtung



*Die Staatsregierung beabsichtigt, die Position von Ärzten zu stärken. Sollten diese „gewichtige Anhaltspunkte“ für eine Misshandlung, Vernachlässigung oder einen sexuellen Missbrauch entdecken, müssen sie die Jugendämter einschalten.*

*/Foto: dpa*

muss zudem die zuletzt fällige Untersuchung nachgewiesen werden. Und zur Einschulung muss die U9 verpflichtend vorliegen, andernfalls wird eine schulärztliche Untersuchung des Kindes angeordnet.

## Vernetzung des Gesundheitsbereichs mit der Kinder- und Jugendhilfe

Neben diesen neuen Nachweispflichten für die Eltern will die Staatsregierung die Position von Hebammen und Ärzten stärken. Sollten diese „gewichtige Anhaltspunkte“ für eine Misshandlung, Vernachlässigung oder einen sexuellen Missbrauch entdecken, müssen diese Berufsgruppen in Zukunft auch ohne Einverständnis der Eltern die Jugendämter einschalten. Eine engere Vernetzung des Gesundheitsbereichs mit der Kinder- und Jugendhilfe soll so entstehen. Dazu gesellen sich präventive Elemente wie die Eltern- und Familienbildung, Erziehungshilfen sowie spezielle Angebote für „Risikofamilien“. Auf Bundesebene fordert die Staatsregierung Erleichterungen beim Entzug des elterlichen Sorgerechts und kürzere ärztliche Untersuchungsintervalle.

Eine andere Vorstellung von staatlichem Handeln hat die Grünen-Sozialpolitikerin Renate Ackermann. Allein auf die Wirksamkeit repressiver Maßnahmen zu setzen sei „völlig falsch“. Die Vorsorgeuntersuchungen könnten kein Kind vor Misshandlung schützen, weil

## Unterschiedliche Meinungen in den Fraktionen



Joachim Unterländer (CSU)



Jochen Wahnschaffe (SPD)



Renate Ackermann (Grüne)

zum einen das Netz an Vorsorgeterminen zu grobmaschig sei und es zum anderen genügend Schlupflöcher gebe, sich ihnen zumindest bis zur Einschulung zu entziehen. Statt staatlicher Härte bräuchten junge Eltern „Hilfe von Anfang an“, so Ackermann. Nötig seien flächendeckende Angebote von Hebammen und Sozialarbeitern. Genau das aber sehe der Gesetzentwurf der Staatsregierung nicht vor. „Hier wurde wieder eine Initiative gestartet, die vor allem zwei Dinge können soll: kostenneutral sein und größtmögliche Publicity-Wirkung entfalten“, kritisiert Ackermann.

Ähnlich argumentiert SPD-Sozialexperte Jochen Wahnschaffe. Schärfere Gesetze täuschen nur Aktionismus vor. Vielmehr müssten die Hilfsangebote für Kinder und Familien wieder gestärkt werden. Die Mittel dafür seien seit 2003 um bis zu 50 Prozent gekürzt worden, mit negativen Auswirkungen auch auf den Personalbestand. „Es muss Schluss sein mit Kinder- und Jugendhilfe nach Kassenlage“, so Wahnschaffe. „An erster Stelle müssen Hilfsangebote stehen“, ergänzt die SPD-Abgeordnete Kathrin Sonnenholzner. Diese müssten so früh wie möglich greifen, am besten schon

vor der Geburt des Kindes. Zumindest aber fordert sie die „aufsuchende Begleitung aller Neugeborenen“ durch eine Hebamme oder Gemeindegewesener. Diese würden schon in den ersten Lebenstagen eines Kindes die häusliche Umgebung kennenlernen und könnten gezielt Hilfsangebote unterbreiten, die gegebenenfalls auch verpflichtend angenommen werden müssten. „Denn ganz ohne Konsequenzen geht es nicht“, weiß auch Sonnenholzner.

Der CSU-Sozialpolitiker Joachim Unterländer hält das Konzept der Staatsregierung dagegen für zielführend. „Andere Kontrollsysteme als die verpflichtenden Vorsorgeuntersuchungen sind in keiner Weise besser“, betont er aus seiner Sicht. Allerdings könne er sich ergänzend kürzere Untersuchungsintervalle und neue Begutachtungsaspekte wie die sozio-psychologische Entwicklung der Kinder vorstellen. Unterländer räumt auch ein, dass mehr Personal im vernetzten Frühwarnsystem „durchaus sinnvoll“ sei. Mit dem Nachtragshaushalt 2008 habe die CSU-Fraktion da erste Konsequenzen gezogen. Allerdings müssten auch die Kommunen mitziehen und in ihrem Verantwortungsbereich für das Kindeswohl Prioritäten setzen. „Jeder in die Prävention investierte Euro spart später enorme Folgekosten“, ermuntert Unterländer zu gesteigertem Einsatz.

/Jürgen Umlauf

## Sozialausschuss: Unterstützung für Schwächere

Damit auch Kinder aus finanzschwachen Familien eine Chance auf ein warmes Mittagessen in Ganztagschulen oder Kinderkrippen haben, hat der Sozialausschuss die Staatsregierung mit den Stimmen aller drei Fraktionen einstimmig aufgefordert, ein Finanzierungskonzept vorzulegen. Spätestens nach den Osterferien soll das Sozialministerium sich äußern, wie sozial benachteiligten Kindern ein Zuschuss zum Mittagessen eingeräumt werden kann. „In einem reichen Land wie Bayern muss es möglich sein, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern jedem Kind ein warmes Mittagessen zu ermöglichen“, sagt der Ausschussvorsitzende Joachim Wahnschaffe (SPD), der sich über den parteiübergreifenden Konsens in dieser Frage erfreut zeigt. Nach

Informationen der Abgeordneten Renate Ackermann (Grüne) sind in Bayern 170 000 Kinder von Armut betroffen. Oft können sich deren Eltern ein warmes Mittagessen an Schulen oder Kindertagesstätten nicht leisten. „Mit dieser Zwei-Klassen-Verpflegung muss endlich Schluss sein“, sagt Ackermann. Einig sind sich die Fraktionen auch darin, dass das gemeinsame Mittagessen auch ein erster Ort sei, an dem Kinder soziale Kompetenzen und gesunde Ernährung erlernen können. „Was in unserer Gesellschaft mittlerweile fehlt“, sagt die CSU-Abgeordnete Berta Schmid, „ist ein gemeinsamer Mittagstisch zuhause. Vielleicht kann das gemeinsame Mittagessen in der Schule dafür ein kleiner Ausgleich sein.“

/der



Ein warmes Mittagessen für alle. Die Landtagsfraktionen fordern ein Finanzierungskonzept. /Foto: ddp

## Hochschulausschuss

### Universitätsbibliotheken darben

Während des strikten Sparkurses der vergangenen Jahre haben sie darben müssen, die wissenschaftlichen Bibliotheken im Freistaat. 48 Stellen an der bayerischen Staatsbibliothek sind seit 1999 gestrichen worden. Der Erwerbungsetat wurde um 14 Prozent von 11,4 Millionen Euro auf 9,8 Millionen Euro reduziert. Ein umfangreiches Maßnahmenpaket soll dieser Situation entgegenwirken: Anträge der SPD sind jüngst im Hochschulausschuss ohne Gegenstimme beschlossen worden. Wie schwierig die Arbeitsbedingungen für die Bibliotheksangehörigen sind, bestreitet niemand: „Die Ressourcenausstattung der Bibliotheken ist so angespannt, dass eine weitere adäquate Wahrnehmung dieser Versorgungsfunktion gefährdet erscheint“, heißt es in einem Bericht des Wissenschaftsministeriums, den der Hochschulausschuss angefordert hatte. „Das ist harter Tobak“, kommentierte Christoph Rabenstein (SPD) diese Einschätzung. „Wir sind tatsächlich am Ende der Fahnenstange angelangt.“ Deshalb sollen die Bibliotheken jetzt personell und technisch aufgewertet werden. Konkret sollen mehr Gelder fließen, unter anderem zur Erschließung elektronischer Publikationen und für den Ausbau moderner Arbeitsplätze sowie zum Bauunterhalt. Im Fall der Staatsbibliothek wurde notwendigen Umbauten zugestimmt. Auch zusätzliche Arbeitsstellen sollen entstehen.

/aki

## Öffentlicher-Dienst-Ausschuss

### Mehr Überstunden für Beamte

Ob und wie Arbeitgeber Überstunden angemessen vergüten, ist ebenso umstritten wie die Frage, ob mit der Mehrarbeit notwendige neue Stellen bewusst eingespart werden. Der Öffentliche-Dienst-Ausschuss hat sich jetzt mit dem Abbau von Überstunden im öffentlichen Dienst beschäftigt. Im Jahr 2006 kam es nämlich nicht zu einem Abbau von Überstunden; vielmehr stiegen diese um 2,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Infolgedessen ist die Mehrarbeit mit rund 7,6 Millionen Euro gegenüber rund 7,4 Millionen Euro im Jahr 2005 entlohnt worden, was 0,1 Prozent der Personalausgaben ausmacht. Allen voran Polizisten arbeiten über ihre reguläre Dienstzeit hinaus – 2006 lag das am Papst-Besuch und der Fußballweltmeisterschaft. Errechnet wurden allerdings nur Zahlstunden, für die die Bediensteten Geld erhalten. Nicht in die Statistik eingeflossen sind „Ansparstunden“, die mit Freizeit ausgeglichen werden. Um auch die Summe dieser auswerten zu können, fehlt es an geeigneter Software. Ludwig Wörner (SPD) fühlte sich „hinters Licht geführt“. Man brauche dem PC-Programm nur einen Parameter hinzuzufügen, um die Mehrarbeit transparent zu machen. Ursächlich für den Anstieg der Überstunden sei die Stellenreduzierung, insbesondere bei der Polizei. Wörner: „Die Bilanz wäre noch negativer ausgefallen, wenn auch die Überstunden an Kliniken miteingeflossen wären.“

/aki

Jahrhundert der Religionen

## Auf der Suche nach einem gemeinsamen Weg

*„Kann es einen ‘Euro-Islam’ geben?“ Diese Frage stellte Landtagspräsident Alois Glück im Rahmen der Dialog-Reihe „Das Jahrhundert der Religionen“ im Münchner Landtag. Mit ihm diskutierten Wolfgang Günter Lerch, Politikredakteur bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und Islamkundler, Albert Schmid, Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg sowie Peter Schier, ehemaliger Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Malaysia.*

In fachkundigen Beiträgen ging das Podium der Frage nach, inwieweit der Islam mit den westlichen Werten im Allgemeinen und der deutschen Verfassung im Besonderen vereinbar ist und welche Schritte sinnvoll und nötig wären, um eine Integration muslimischer Migranten in Deutschland gelingen zu lassen. Dieses Thema liegt Alois Glück schon seit längerem am Herzen.

### Gefühlter Anstieg des Radikalismus

In seinem Eingangsstatement wies Glück darauf hin, dass trotz eines „gefühlten Anstiegs des Radikalismus“ (Wolfgang Schäuble) noch nie so viel Dialog zwischen den Religionen stattfand wie zurzeit. Auch Wolfgang Günter Lerch bestätigte, dass viele Reform-Muslime nach Wegen suchten, den Islam zu reformieren, ohne die religiöse Substanz zu verändern. Aber für ihn sei es wichtig, „dass sich die



Voller Plenarsaal: Mehr als 300 Zuhörer verfolgten die Diskussion, bei der die Frage nach einem „Euro-Islam“ aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet wurde.

/Foto: Poss

Muslimen selbst um eine Annäherung bemühen“. Der Westen solle ihnen nichts überstülpen, das schüre nur Misstrauen, besonders seit der amerikanischen Intervention im Irak. Albert Schmid wies auf eine ständige Quelle der Missverständnisse zwischen Christen

und Muslimen hin: Unsere Verfassung regelt das Verhältnis des Bürgers zum Staat, unser westlicher Wertekanon ist in dem Regelwerk impliziert, aber nicht immer ausdrücklich definiert. Der Koran hingegen regelt auch das zwischenmenschliche Zusammenleben, zum



Fachkundige Redebeiträge (v.l.):  
Wolfgang Günter  
Lerch, Alois Glück,  
Albert Schmid und  
Peter Schier.

/Foto: Poss

Beispiel in der Familie. Für viele Muslime gäbe es deshalb keinen Widerspruch zwischen dem Grundgesetz und dem Koran; sie fühlten sich durchaus im Einklang mit der deutschen Verfassung.

## Einfache Antworten auf komplizierte Fragen

Großen Raum nahm die Frage ein, wieso gerade muslimische Migranten der zweiten und dritten Generation zunehmend radikalisiert werden. Peter Schlier brachte es hier auf den Punkt: „Die Mullahs haben einfache Antworten auf komplizierte Fragen.“ Besonders die pessimistischen Zukunftsaussichten der

jungen Menschen mit Migrationshintergrund, fehlender Zugang zu Bildung und somit zur westlichen Gesellschaft würden sie in die Arme fanatischer Islamisten treiben.

Die Zuhörerbeiträge kreisten vor allem um die Frage, ob nicht der Islam eine Religion mit erklärtem Eroberungsanspruch sei und es deshalb zu erhöhter Aggressivität gegenüber dem Westen komme. Applaus gab es auch für die Frage, wie weit die Toleranz in Deutschland gehen solle und ob man sich nicht verstärkt von Menschen trennen müsse, die aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen mit dem Gesetz in Konflikt kommen. Kritisiert wurde auch

der „Schmusekurs“ der CSU mit der türkischen Religionsbehörde DITIB mit Sitz in Köln, deren Integrationsabsichten bezweifelt wurden.

## Unterschiedliche Rezepte in Europa

Ein Vertreter der Aleviten in München trat als einziger Muslim ans Mikrofon und gab zu bedenken, dass der Begriff Euro-Islam unpassend sei, da jedes europäische Land andere Probleme mit muslimischen Einwanderern habe und andere Rezepte im Umgang damit. Dem entgegenete Gastgeber Alois Glück, dass die europäischen Staaten von gemeinsamen Werten geprägt seien und die Auseinandersetzung mit dem Islam auch auf europäischer Ebene erfolgen sollte.

Abschließend wurde nochmals die integrative Bedeutung der Bildung für Menschen aller Religionen hervorgehoben und gelobt, dass der interreligiöse Dialog heute realistischer geworden und man damit der Erreichung gemeinsamer Ziele näher gekommen sei.

/Gabi Peters

## „Dialog“-Reihe des Landtags in BR alpha

Religionen, vor allem deren politischer Missbrauch, beeinflussen zunehmend das Weltgeschehen. Ob Schule, Medien oder Kultur – in vielen Bereichen steckt ein Konfliktpotential. Der Bayerische Landtag stellt sich dieser Thematik in seiner „Dialog“-Reihe „Das Jahrhundert der Religionen“.

Der erste Teil dieser Reihe, der am 28. November 2007 im Plenarsaal des Landtags

stattfind, wird im Fernsehen gezeigt, und zwar am 23. Februar 2008 um 22.30 Uhr in BR-alpha.

Den zweiten Teil der Reihe mit dem Titel „Kann es einen Euro-Islam geben?“ – die Veranstaltung hatte am 22. Januar 2008 stattgefunden – strahlt BR-alpha voraussichtlich im April 2008 aus. Der genaue Sendetermin hierzu steht allerdings noch nicht fest.

## Oberbayern – Wo Schönheit und Klischees ihre Heimat haben

*Berge, Seen, Flüsse, Wälder – Bayern ist ein schönes Land. Bayern ist aber auch reich an Geschichte und kultureller Vielfalt. In der neuen Serie „Typisch Bayern“ wirft „Maximilianeum“ einen Blick auf die Lebensweise, die Bräuche und die Mentalität der Menschen in den einzelnen Regierungsbezirken. Im Mittelpunkt dieser Ausgabe steht Oberbayern.*

Oberbayern verdankt sein Werden der ersten Landesteilung zwischen einem „oberen Bayern“ und einem „niederem Bayern“, mit der die Herzöge Ludwig und Heinrich den Erbfall von 1253 zwei Jahre später zu regeln suchten. Damals reichte „Oberbayern“ von der südli-

chen Oberpfalz bis ins Tirolische hinein. Eine Grenzsäule von 1439 unweit der Lechmündung mit der unmissverständlichen Aufschrift für Zureisende „HIE DASS PAIRLAND“ weist uns darauf hin, dass schon seit vielen Jahrhunderten die Kernlande Bayerns im „oberen Bayern“

gesehen wurden. Heute ist Oberbayern einer von sieben durchaus gleichberechtigten Regierungsbezirken, wenn auch der flächengrößte und der nach Einwohnern und Wirtschaftskraft stärkste.

Sein Zuschnitt ist eine Schöpfung des modernen bayerischen Staates im 19. Jahrhundert. König Ludwig I. war es, der die im wesentlichen noch heute gültige Verwaltungseinteilung 1837 angeordnet hatte. Es war die vierte Kreiseinteilung innerhalb einer Generation. Das französische Vorbild, die Verwaltungsbezirke nach Flüssen zu benennen, wurde aufgegeben. Der bisherige Isarkreis mit Ausnahme von Landshut und Vilsbiburg gab den Kern des nunmehrigen oberbayerischen Regierungsbezirks mit der königlichen Haupt- und Residenzstadt München ab, dazu kamen vom alten

Unterdonaukreis die Gerichtsbezirke Altötting und Burghausen, vom Regenkreis Ingolstadt, vom Oberdonaukreis Aichach, Friedberg, Rain und Schrobenhausen dazu. Mit der Gebietsreform von 1972, die auf historische Zusammenhänge wenig Rücksicht nahm, wurde beispielsweise Aichach und Friedberg schwäbisch, während das ureigene altmühlfränkische Gebiet von Eichstätt Oberbayern zugeschlagen wurde.

Die ursprüngliche, aber schon lange verwischte Stammesgrenze zu den Franken bildete nicht – wie man annehmen könnte – die Donau, sondern der nach Norden und Westen deutlich abfallende Ausläufer der Alb bei Treuchtlingen und Weißenburg. Das nach landläufigem Klischee „typisch Oberbayerische“ sucht man in diesem Bereich der Alb allerdings vergeblich.



**SERIE**

*Typisch Bayern*

## Essay von Stefan Hirsch, Bezirksheimatpfleger von Oberbayern

Es fehlt das Hochgebirge, es fehlen natürliche Seen, das „Almerische“ ist noch in weiter Ferne, erscheint höchstens an klaren Tagen als schemenhafte Vision des Gebirgspanoramas. Doch die altbayerische Mundart im nördlichen Oberbayern zeigt schon alle Kraft der südlich anschließenden Landstriche. Die Alb als Tafelgebirge mit annähernd waa-

ropäischen Ranges war, die es in Oberbayern gegeben hat.

Mit der Erschließung der Flusstäler im Süden, Osten und Westen von München durch die Eisenbahn ab dem späteren 19. Jahrhundert gewann das bis dahin in unvergleichlicher Schönheit barock, klösterlich und bäuerlich

phenburger Schlosses und den Klöstern kann Oberbayern die Welt des „Märchenkönigs“ Ludwig II. nahezu als „Alleinstellungsmerkmal“ für sich reklamieren. Sie ist nicht zuletzt – beispielsweise neben den Passionsspielen von Oberammergau – zum Markenzeichen „typisch bayerisch“ geworden.

Oberbayern genießt heute wie früher vor allem wegen seiner Berge und Seen hohe Wertschätzung. Dass die vielfältige und male-riche Alpenwelt bis hinüber zum Watzmann die Kulisse für alles darstellen musste und noch muss, was man gemeinhin als „typisch bayerisch“ in der Lebensart, in der Tracht und im Volksbrauch ansieht, erklärt sich aus der Frühzeit des Tourismus, der bereits im 19. Jahrhundert die Lederhose und den Gamsbart im Zusammenhang mit Schuhplatteln und Jodeln als vermarktungsfähige Folklore-Embleme entdeckte und der Miesbacher Tracht zur Berühmtheit in aller Welt verhalf. Dieses alpenländische Klischee konnte nicht ohne Rückwirkung auf das gesamte Oberbayern bleiben. Gebirgstrachten – damals wegen ihres im Vergleich zum frühen 19. Jahrhundert keineswegs traditionellen Zuschnitts als „neubayerisch“ bezeichnet – verbreiteten sich rasch auch weit ins Flachland hinein,

nicht nur in den nördlichen Chiemgau oder in den ehemals salzburgischen Rupertiwinkel, sondern auch in die an Niederbayern oder Schwaben angrenzenden Gebiete ohne nennenswerten Fremdenverkehr.

Heutzutage sollen laut einer Umfrage acht Prozent der Bevölkerung in Bayern zum Ausgehen aufs Oktoberfest ein mehr oder weniger echtes Dirndl, eine mehr oder weniger echte Lederhose oder ein trachten-ähnliches Kleidungsstück im Kleiderschrank hängen haben. Wieviel Prozent der Bevölkerung in Bayern den dazugehörigen Klischee-Laptop besitzen, dazu liegen derzeit keine Zahlen vor . . .

*/Stefan Hirsch*

### *Oberbayern kann die Welt des „Märchenkönigs“ Ludwig II. nahezu als Alleinstellungsmerkmal für sich reklamieren.*

gerecht liegenden Gesteinsschichten bildet für Oberbayern sozusagen eine Art nördliche Rahmenleiste. Südlich davon bilden weichgeformte Hügelzüge mit den geräumigen Wiesentälern und geruhsamen Flüssen wie Paar, Ilm oder Glonn eine ganz eigene behäbige dörfliche Kulturlandschaft. Zwischen Wolnzach und Pfaffenhofen berühren wir die Westgrenze der Holledau, Heimat des Hopfens und damit bayerischen Bieres, der Gstanzln und der „Dellnhauser Musikanten“. Unweit davon das Dachauer Land, in dem nicht nur Ludwig Thoma die Charaktere seiner derbkräftigen Bauerngeschichten fand, sondern das auch Heimat einer der vielen Künstlerkolonien eu-

geprägte Alpenvorland vom Pfaffenwinkel bis ins Berchtesgadener Land eine weitere Kulturschicht dazu: Die großbürgerliche Gründerzeit und eine verspielt heimatlich-barock-biedermeierliche Jugendstilvariante durchsetzte mit ihren Bauten die angestammten Hauslandschaften. Auch die spektakulären historistischen Königsschlösser des 19. Jahrhunderts wie Herrenchiemsee oder Linderhof als Gegenweltkonzept zur bereits vorangeschrittenen Technisierung und Industrialisierung interpretierten auf ganz neue und einmalige Weise oberbayerische Natur- und Kulturlandschaft. Neben den barocken und Rokoko-Juwelen der Wieskirche, des Nym-



Stefan Hirsch, geboren 1946 in München, ist seit 1989 Bezirksheimatpfleger des Bezirkes Oberbayern. Zuvor war er von 1969 bis 1979 freiberuflicher Filmproduzent und von 1979 bis 1989 stellvertretender Geschäftsführer des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege.



## Stabwechsel in der Parlamentarier-Konferenz

Vermischtes



Die Parlamentspräsidenten in München (von links): Landtagspräsident Peter Straub (Baden-Württemberg), Kantonratspräsident Arthur Sturzenegger (Appenzell Außer rhoden), Kantonsrätin Renate Bruggmann (Thurgau) MdL Heidi Lück, Großratspräsident Hans Brülisauer (Appenzell Inner rhoden), Kantonratspräsidentin Marie-Theres Huser (St. Gallen), Kantonratspräsident Matthias Freivogel (Schaffhausen), Landtagsvizepräsidentin Barbara Stamm und Landtagspräsident Klaus Wanger (Fürstentum Liechtenstein).

/Foto: Poss

Das bayerische Parlament als Regionalparlament ist in die europäische Gremienarbeit eingebunden und gibt dazu wichtige Impulse: So hatte der Bayerische Landtag u. a. von Januar bis Dezember 2007 den Vorsitz der „Parlamentarier-Konferenz Bodensee“ inne. Landtags-Vizepräsidentin Barbara Stamm (2.v.r.), die alle mit der Federführung verbundenen Aufgaben wahrgenommen hat,

reichte nun, im Dezember 2007, bei einem Treffen der Parlamentspräsidenten den Stab an ihren Nachfolger Matthias Freivogel (3.v.r.), Kantonratspräsident von Schaffhausen, weiter.

Einen Beratungsschwerpunkt der Parlamentarier-Konferenz bildete im Jahr 2007 das Thema Personenfreizügigkeit zwischen der

Schweiz und der EU. Trotz der positiven Entwicklung der grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Aktivitäten gibt es hierbei immer noch eine Vielzahl von Erschwernissen im Marktzugang. Unter Bayerns Vorsitz ist es 2007 gelungen, zu diesem Thema eine gemeinsame Empfehlung der Parlamentarier-Konferenz zu verabschieden, welche an die Regierungen weitergeleitet wurde.

### Themen für Bodensee-Region

Beim Jahresabschlusstreffen der Parlamentspräsidenten in München, zu dem Vizepräsidentin Barbara Stamm geladen hatte, wurden auch neue Themen ins Auge gefasst: So will sich das Gremium 2008 u. a. mit Fragen zur Energie sowie zum Schienenverkehr beschäftigen.

Die „Parlamentarier-Konferenz Bodensee“ wurde 1994 zur parlamentarischen Begleitung der „Internationalen Bodenseekonferenz“ – ein staatenübergreifender Zusammenschluss von heute insgesamt zehn Ländern bzw. Kantonen aus den Bodensee-Anrainerstaaten Deutschland, Österreich, der Schweiz und Liechtenstein – gegründet. In der „Parlamentarier-Konferenz Bodensee“ stehen dem Bayerischen Landtag drei Sitze zur Verfügung, die mit den Abgeordneten Franz Pschierer (CSU), Eberhard Rotter (CSU) und Heidi Lück (SPD) besetzt sind. [MEHR](#)

### 1860 München

#### Parteiübergreifender Stammtisch im Maximilianeum

Im Bayerischen Landtag gibt es jetzt einen parteiübergreifenden Stammtisch des TSV 1860 München: Franz Maget, SPD-Landtagsfraktionschef und Vizepräsident der „Löwen“, lädt künftig zu regelmäßigen Treffen in der Landtagsgaststätte ein. Am ersten Fan-Stammtisch im Dezember 2007 nahmen neben Maget und anderen SPD-Abgeordneten auch CSU-Abgeordnete wie die Ex-Kultusministerin Monika Hohlmeier und Wirtschaftsstaatssekretär Markus Sackmann teil. Für dieses Jahr ist u. a. ein gemeinsamer Stadionbesuch bei einem 60er Spiel geplant. [MEHR](#)



Fraktionsübergreifende Löwen-Fangemeinde (von links): Markus Sackmann, Martin Neumeyer, Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Monika Hohlmeier und Eberhard Rotter.

/Foto SPD

## Bayerisch-italienische Begegnung im Maximilianeum

Schüler des Robert-Koch-Gymnasiums in Deggendorf und Schüler des Liceo Alfano im süditalienischen Salerno besuchten im Dezember 2007 gemeinsam das Maximilianeum. Die beiden durch eine Partnerschaft verbundenen Schulen kamen auf Einladung der Ausschüsse für Fragen des öffentlichen Dienstes sowie für Bildung, Jugend und Sport ins bayerische Parlament.

„Anschauung ist das beste Erziehungsmittel. Mit Blick darauf freuen wir uns sehr, wenn italienische Jugendliche nach Bayern kommen, um die Sprache und das Land besser kennenzulernen“, berichten Prof. Dr. Walter Eykmann, Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, und Prof. Dr. Gerhard Waschler, Vorsitzender des

Ausschusses Bildung, Jugend und Sport. Und Reserl Sem, ebenfalls Mitglied des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, ergänzt: „Interkulturelle Begegnungen dieser Art sind gerade im Hinblick auf den europäischen Gedanken sehr wertvoll.“

Die gemeinsame Fahrt der bayerisch-italienischen Schülergruppe zum Landtag war im November letzten Jahres bei einer Informationsreise der Ausschüsse für Fragen des öffentlichen Dienstes und für Bildung, Jugend und Sport in Süditalien initiiert worden. Dort hatte die Delegation des bayerischen Landtags Kontakt geknüpft mit Prof. Enza Guida, die als Deutschlehrerin am Liceo Alfano in Salerno die Partnerschaft mit dem Gymnasium im niederbayerischen Deggendorf pflegt.

Die Schülergruppe nutzte den Aufenthalt in München, um einen Blick hinter die Kulissen des Parlamentsbetriebs zu werfen. Neben einem Rundgang standen u. a. auch Gespräche mit Mitgliedern beider Ausschüsse (Foto links) auf dem Programm.

/kh

/Foto: Stadler

## Bayerische Verfassungsmedaille



Vor der Verleihung im Lesesaal des Maximilianeums (erste Reihe von links): Landtagspräsident Alois Glück, Festredner und Bundesminister a.D. Theodor Waigel, Landtagsvizepräsidentin Barbara Stamm. /Foto:Poss

Im Rahmen einer Feierstunde mit Empfang im Steinernen Saal des Maximilianeums hat Landtagspräsident Alois Glück im Dezember 2007 insgesamt 44 Persönlichkeiten mit der Bayerischen Verfassungsmedaille in Gold und Silber ausgezeichnet.

Vor den geladenen Ehrengästen betonte Glück: „Das, was Lebensqualität ausmacht, hängt in hohem Maße vom bürgerschaftlichen Engagement jedes Einzelnen ab.“ Der Staat könne Bürgersinn und Engagement nicht verordnen. Aber er könne und müsse sie fördern: durch gute Rahmenbedingungen und durch eine Kultur der Anerkennung. Die Bayerische Verfassungsmedaille sei ein solches Zeichen des Dankes und der öffentlichen Anerkennung sowie die nach außen sichtbare Würdigung durch das bayerische Parlament.

Festredner Bundesminister a. D. Theodor Waigel, selbst seit 15 Jahren Träger dieser hohen bayerischen Auszeichnung, beleuchtete bei der Feierstunde die Grundwerte der Verfassungsordnung. Dabei streute er in sein staatstheoretisches Referat aufschlussreiche Zitate namhafter Juristen, Denker, Philosophen und Geistlicher von gestern und heute ein. Sein abschließendes Resümee: „Es gilt die Ordnung der Dinge zu erkennen und sich selbst in Ordnung zu bringen.“ /kh

### Hinweis:

Den Wortlaut der Rede des ehemaligen Bundesministers sowie die Namen jener 44 Persönlichkeiten, die 2007 die Bayerische Verfassungsmedaille erhalten haben, finden Sie hier:



## Ausstellung: Die Rückkehr der Demokratie

„Nur die Demokratie in ihren unterschiedlichen Ausprägungen garantiert Freiheit und Menschenrechte“, erklärte Landtagspräsident Alois Glück am 22. Januar im Maximilianeum anlässlich der Eröffnung der neuen Ausstellung über die demokratischen Revolutionen in Ostmitteleuropa der Jahre 1989 bis 1991.

Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 war und bleibt ein besonders markantes Datum in der deutschen Geschichte. Ein historischer Moment, eingebettet in einen großen europäischen Befreiungsprozess. Dieser wäre undenkbar ohne das Wirken der Gewerkschaft Solidarnosc in Polen seit 1980 oder die Unterstützung der Bundesrepublik durch die ungarische Politik im Sommer 1989.

Was sich damals auf den Straßen und Plätzen in Mittel- und Osteuropa zutrug, wie die Menschen in Warschau, Prag, Budapest, Riga und Bukarest buchstäblich Geschichte schrieben, wie Bayern durch das Ende der kommunistischen Regime östlich von Elbe

und Böhmerwald wieder in die europäische Mitte rückte, das zeigt diese Ausstellung, die noch bis zum 7. Februar dauert.

Erarbeitet wurde sie von der Weimarer „Stiftung Ettersberg zur vergleichenden Erforschung europäischer Diktaturen und ihrer Überwindung“ mit Unterstützung der Landeszentralen für politische Bildung in Thüringen, Hessen und Bayern.



Bei der Eröffnung (von links): Elzbieta Sobotka, Generalkonsulin der Republik Polen in Bayern, Landtagspräsident Alois Glück und Hans-Joachim Veen, Direktor der Stiftung Ettersberg zur vergleichenden Erforschung europäischer Diktaturen und ihrer Überwindung.

/Foto: Poss

## Gewalttätige Jugendliche: Rezepte gegen Aggression

Wie soll die Gesellschaft mit der wachsenden Zahl krimineller bzw. gewaltbereiter Jugendlicher umgehen? Das ist spätestens seit dem Überfall auf einen Pensionär in der Münchner U-Bahn eine aktuelle Frage. Es gibt dazu unterschiedliche Antworten und Lösungsansätze. Zwei erfolgreiche Initiativen – die Projekte von Rupert Voß und Susanne Korbmacher – hat der Bayerische Landtag bereits 2006 jeweils mit dem Bürgerkulturpreis ausgezeichnet.

Der Schreinermeister Voß kümmert sich um jugendliche Straftäter. Mit seiner Non-Profit-Organisation „hand in“ in Taufkirchen arbeitet Voß daran, den Kreislauf von Aggression, Drogenkonsum und Kriminalität zu durchbrechen. Die Jugendlichen, die zu ihm kommen, haben schon in jungen Jahren Diebstähle, Körperverletzungen, Serienkriminalität und schwere Gewaltverbrechen auf dem Kerbholz. Wer sich



auf den inneren Veränderungsprozess einlassen will, den macht Voß binnen eines Jahres fit für Ausbildung oder den ersten Arbeitsmarkt. Der Tag beginnt um 7.30 Uhr mit Boxen, danach steht Arbeit in der Schreinerei auf dem Programm. „Boxen ist sexy für die Jungs“, sagt Voß. Und danach fällt die Konzentration auf die Arbeit leichter.

➔ MEHR

Auch Sonderschullehrerin Susanne Korbmacher versucht, in die Spirale aus Gewalt und Gegengewalt einzugreifen: „Es gibt ein Ghetto, das hat nichts mit einem Ort zu tun. Das Ghetto ist in einem drin.“ Korbmacher bietet mit ihrem Verein „ghettokids“ etwa 400 Kindern und Jugendlichen eine Alternative zur Straße. Das Angebot erstreckt sich über zahlreiche Projektgruppen, zum Beispiel Tanz, Selbsthilfe, Rap, Trommeln und Bildung.

➔ MEHR

[www.ghettokids.org](http://www.ghettokids.org)  
[www.hand-in.de](http://www.hand-in.de)

## Impressum

### Herausgeber:

Bayerischer Landtag, Landtagsamt, Maximilianeum, 81627 München  
Der Bayerische Landtag bringt das Online-Magazin „Maximilianeum“ zehnmal jährlich in Kooperation mit der Bayerischen Staatszeitung, Herzog-Rudolf-Straße 1, 80539 München, Tel: 089/290142-11, heraus.

### Redaktion:

Axel Stehle (V.i.S.d.P., Landtagsamt)  
Katja Helmö (Landtagsamt)  
Jan Karl Dermietzel (Bayerische Staatszeitung)

### Anschrift:

Redaktion Maximilianeum Online  
Bayerischer Landtag, Landtagsamt Maximilianeum, 81627 München  
Telefon: 089/41 26-0, E-Mail: [maximilianeum-online@bayern.landtag.de](mailto:maximilianeum-online@bayern.landtag.de)

### Grafik/Design:

Creation Club (CC) GmbH, Medienallee 19, 85774 Unterföhring

Alle veröffentlichten Bilder und Texte unterliegen dem Urheberrecht des Bayerischen Landtags bzw. der angegebenen Personen. Ein Download oder Ausdruck ist ausschließlich für den persönlichen Gebrauch gestattet. Alle darüber hinaus gehenden Verwendungen, insbesondere die kommerzielle Nutzung und Verbreitung, sind grundsätzlich nicht gestattet und bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Bayerischen Landtags.